



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Jena bekommt
Selbstbeauftragten für
Behinderte

Unfähiger Minister
trumpft auf

Fall von Delegitimierung
des Staates

Können Sie die Blödheit noch ertragen?



Zunächst etwas völlig Anderes

Da unsere politischen Kaderschmieden mit dem Hochschulwesen vernetzt sind und rund alle unserer Politikerdarsteller ehemalige Studenten sind, hat uns auch das Uninteressante zu interessieren. Die Jenaer Studentenzeitung heißt, mit unserem Zutun und mit unserer Einwilligung, auch Akrützel, eigentlich Studentisches oder Hochschulisches, es erscheint unter Schlaraffenlandbedingungen, bezahlt vom Studentenrat. Dieser nun hat mit Finanzsorgen zu kämpfen, so dass

aufgrund der Haushaltssperre, die man sich wohl wie eine Insolvenzverwaltung vorstellen kann, das Studenten-Akrützel nicht gedruckt werden konnte. Die jetzige Nummer aber doch wieder, dem redaktionellen Begrüßungsschreiben ist zu entnehmen, dass dies zwecks Vorstellung der Kandidaten zur Wahl des Studentrates erfolgt, wofür, so ist der Text zu verstehen, der Uni-Präsident die Finanzierung bewilligt habe.

Im selben Text wird moniert, dass sich an den Plätzen, wo die Hefte

sonst ausliegen, sich *Werbung für sämtliche neoliberale Kackfäkalie* befunden habe, fast wörtlich. Auch der Rest des redaktionellen Teils ist sehr linksgepol.

Die Vorstellung der Studentratskandidaten erfolgt also in einer sehr linken Publikation, für die der Herr Präsident die Finanzierung bewilligt hat.

Wir taten, was wir in einem solchen Fall tun, wir fragten, und zwar den Leiter des Bereichs Presse und Information der Uni:

Hat der Herr Präsident diese Wahlbeeinflussung beabsichtigt

oder

hat der Herr Präsident diese Wahlbeeinflussung nicht beabsichtigt

oder

sieht der Herr Präsident keine Wahlbeeinflussung

oder

hält er die Wahlbeeinflussung für egal?

Er antwortete uns, „die Finanzierung des (Studentischen – Anm. d. Red.) Akrützels erfolgt durch Haushaltsmittel der Studierendenschaft, nicht durch eine andere Förderung seitens der Universität. Das war auch bei der von Ihnen genannten Ausgabe der Fall.

Und inhaltlich ist es ähnlich wie zu Ihrer Zeit als Chefredakteur: Die Pressefreiheit gilt auch für das (Studentische – Anm. d. Red.) Akrützel, und für die inhaltliche Ausrichtung sind der Chefredakteur bzw. die Chefredakteurin und die Redaktion verantwortlich.“

Schon klar, es sind Gelder der Studenten, um deren Bewilligung es ging, keine andere Förderung. Und was die Wahlbeeinflussung angeht, liegt die Antwort irgendwo zwischen *gar nicht* und *sowieso egal*.

Und ob der Präsident oder der Leiter des Bereichs Presse und Information das Problem versteht, danach haben wir ja gar nicht gefragt.

Bernd Zeller



Was der Ostbeauftragte wohl antwortet, wenn er am Runden Tisch nach der Antidiskriminierungsbeauftragten gefragt wird?

Die Runden Tische des Ostbeauftragten der Bundesregierung sollen ja dem Dialog zwischen ostdeutschen Bürgern und Ostbeauftragtem dienen, welche Antwort wird er wohl sich zurechtgelegt haben dafür, dass er nach der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung gefragt wird?

Wir fragten diesbezüglich beim Bundespresseamt an, bisher ohne Antwort. Kommt bestimmt noch.

Aber so lange müssen Sie gar nicht warten, die Jenaer SPD richtet ein Sommerfest auf der Rasenmühleninsel aus, was es halt zu feiern gibt bei der SPD, und da kommt der auch. Gehen Sie doch hin und fragen gleich selbst! Und dann teilen Sie uns bitte die Antwort mit, dann können sie alle erfahren. Ist ja wirklich eine spannende Sache.

Pandemietreiber

Oberbürgermeister Nitsche hat sich zum zweiten Mal eine Corona-Positivtestung zugezogen. Man bemerkt die Wirksamkeit der Masken, Betretungsverbote und Abstandsregeln; dadurch konnte die Infektionskurve so weit abgeflacht werden, dass er nicht beide Infektionen gleichzeitig hatte. Ohne Impfung hätte er auch die Person, von der er es hat, gleich ganz unsolidarisch zurückangesteckt.

Entschärfung

Im Paradies wurden Bomben entschärft. Durch die dafür vorgenommenen Absperrungen war es währenddessen im Paradies sicherer als sonst.

Caféende

Das als Café mit DDR-Charme bekannte Café Melange hat zugemacht. Wer jetzt DDR-Charme sucht, kann zur SPD.



Höchste Hitze

An einem Nachmittag hatte Jena die höchste bis dahin deutschlandweit gemessene Temperatur, oder wie es zeitungsgrammatisch heißt: Jena mit Hitzerekord. Für viele Akademiker war es draußen so warm wie sonst nur drinnen im Winter. Das ist auch eine Methode für die Stadt, klimaneutral zu werden, man zieht die Wärme aus den anderen Regionen ab.

Tätowiertreffen

In der Sparkassen-Arena trafen sich Tattoogeber und Tattoonehmer. Nach der langen Pause wegen Kontaktbeschränkungen und Betriebsverbots brauchen viele Tätowierte jetzt Booster-Tätowierungen zur Auffrischung des Bildes.

Vollbad

Am heißen Wochenende mit Hitzerekord in Jena besuchten zehntausend Badegäste die Jenaer Freibäder. Dann muss es aber in anderen Städten doch noch heißer gewesen sein, wenn es heißt, dass wegen der Hitze durch das Klima in einzelnen Freibädern aufgeheizte Männergruppen mit Besteckteilen für Rängeleien und Einsatzkräfteeinsätze sorgen.



Schon wieder eine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Ein Beschluss, zwei Auslegungen von dem Dezernenten für Stadtentwicklung Gerlitz.

Um was es geht, ist Zufall, die Sache mit dem Abriss von Garagenanlagen am Stadtrand in Lobeda und Winzerla sowie Maua, um das Klima jenaneutral zu machen.

Wer ist wofür eigentlich zuständig, an wen und gegen wen müssten sich die uneinsichtigen Garagenbesitzer wenden?

Die betroffene Garagenanlage in Lobeda und Maua müssen laut Gerlitz nicht neu bewertet werden, laut Beschluss sei der Abriss ein Verwaltungsakt, ohne Einflussnahme des Stadtrates. Einem Änderungsantrag von CDU, FDP und Linken, die Garagen zu erhalten, wird sogar die Rechtmäßigkeit angezweifelt, man prüft sie juristisch beim Landesverwaltungsamt.

Nicht so bei den Garagen in Win-

zerla. In der Ortsteilratssitzung erklärte Gerlitz, die Verwaltung könne nicht sagen, ob und wann abgerissen wird; der Stadtrat müsse die Situation erst mal neu bewerten laut Stadtratsbeschluss

von 2016, deshalb könne die Verwaltung keine Aussage zum Abriss der Garagen in Winzerla machen.

Beides kann aber nicht richtig sein, wenn es im selben Multiversum der politischen Unlogik spielt. Gerlitz spricht entweder dem Stadtrat oder der Verwaltung eine verfassungsgemäße Kompetenz ab. Das ist das, was mit Delegitimierung des Staates gemeint ist.

Also ein Angriff auf den Zusammenhalt der Demokratie und Kuckuck?

Natürlich nicht, denn die meisten sind ja gar nicht betroffen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gehören Sie nicht zu den Garagenbesitzern und meinen darum, dass es Sie nicht zu interessieren braucht.

Und wenn etwas kommt, das Sie interessiert, weil es Sie betrifft, ist es den anderen egal.

Das genau ist die Stadtentwicklung, für die Gerlitz steht.

ad, sk



Globale Einschätzung jenseits von Meinungen und Fakten

Beim Thüringer Innenminister Maier ist die Differenz zwischen Amt und Würde besonders augenfällig, so dass er sich immer wieder zum Zwecke der Kompensierung des Anscheins jämmerlicher Unfähigkeit des Mittels linksaggressiver Ausfälligkeit bedient, was unsere Presse willig vermittelt und goutiert.

Vom Redaktionsnetzwerk, wer immer das ist, ließ er sich entnehmen, Corona-Leugner seien „klar rechts motiviert“ und es „sind Rechtsextremisten, die sie anstiften.“

Schon klar, die nächste Maßnahmenwelle ist in Vorbereitung, und

diesmal ist man besser vorbereitet auf Protestchen.

Wir baten die Pressesprecherei des Thüringer Innenministeriums um die Klarstellung: *Ist „rechts motiviert“ Meinung oder Fakt? Ist die von ihm festgestellte Anstiftung zur Corona-Leugnung strafbar?*

Meinung feile unter Meinungsfreiheit, hießes, der Minister sagt, „die Leute, die ich als Corona-Leugner verstehe, haben Gründe, die ich rechts heiße“, und „die werden manipuliert von Menschen, die ich dem politischen Feld des Rechtsextremismus zuordne, und das Ganze ist meiner Rechtsauf-

fassung nach rechtswidrig und strafbar.“

Fakt hießes, es wäre etwas Nachprüfbares und Gegendarstellungsfähiges. Die Diffamierten könnten sich gegen diese Verunglimpfung wehren, wobei die Beweislast beim Minister läge. Allerdings haben Gerichte in vergleichbaren Fällen geurteilt, eine solche Aussage beinhalte nichts. *Rechts* sei nichts, das einer rechtlichen Bewertung zugänglich sei. Vielleicht käme es darauf an, wie das Gericht die Wirkung auf einen objektiven Dritten einschätzen würde.

Wir erhielten zur Antwort, „bei den Äußerungen von Herrn Minister Maier handelt es sich um eine globale Einschätzung zur Statistik.“

Ob im Falle einer Corona-Leugnung eine Straftat vorliegt, ist wie bei jeder anderen Straftat in einer Einzelfallprüfung zu klären. Für alle weiteren Fragen verweise ich auf den vorgestellten Verfassungsschutzbericht“ mit Link, aber so einen Schmarren lesen wir natürlich nicht.

Globale Einschätzung zur Statistik, das ist kein Mittelding zwischen Meinung und Fakt, sondern ein Überding. Kommt vom Minister, der hat es von ganz oben, er gibt es durch nach unten. Adressaten sind dann auch die Höflinge, denen Angst eingejagt werden soll. Nicht dass sich jemand mit dem linken System anlegt oder als so jemand angesehen zu werden in die Nähe des Verdachts gerät.

Haben wir jedenfalls mal von ministerieller Stelle bestätigt gekriegt, dass es sich bei der den Staat delegitimierenden Maßnahmenseuche um ein Linksding handelt.

bz



IMPRESSUM

Rentnerisches Akkrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Thüringer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Mailversand

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena, 0175-240 61 81

Anregungen und Aufregungen an Senioren-Akruetzel@gmx.de

Sie sind wieder da

Wir haben gerade so wenige Maßnahmen, dass man meinen könnte, es wäre Wahlkampf.

Fünzig Demonstranten noch, gegen Pflicht. Und ein paar restliche Königskindersoldaten, machen Fotos, damit man versteht, es können doch alle ihre Meinung sagen, müssen eben mit Gegenwind rechnen.

Wollten wir nicht den Dialog auf Augenhöhe? Einer von den Demonstranten hat es tatsächlich versucht und nicht nur über sie, sondern mit ihnen gesprochen; wer halt vereinzelt noch aussagefähig war.

Ob sie denn wirklich gegen das sein könnten, wofür die Demonstranten demonstrieren, respektive für das, wogegen sie protestieren?

Das, so wurde zugegeben, jetzt nicht so, eigentlich wäre man auch.

Aber?

Aber doch nicht mit solchjenigen welche, da stelle er sich auf die Seite deren.

Und für die Jünglinge ist das neu, noch nie dagewesen. Dabei ist das klassischer Totalitarismus, Kollektivismus, Tribalismus. Lieber

falsch bei den Richtigen als richtig bei den Falschen. Wer was ist, bestimmt die Führung.

Was haben wir uns früher gewünscht und gefragt, wie es geschehen konnte, wie die Nibelungentreue bis in den Untergang durchexerziert wurde. Nicht anders. Die Parole würde das Jüngelchen gewiss strikt von sich weisen, die ist voll

irgendwas mit Ehre, aber was es tut, das ist nicht einmal vergleichbar, das ist identisch. Zur Führung stehen, weil man sonst zu den Feinden gehört.

Führung und Kampfesreserve sind indes nicht in der Lage, Personen als solche wahrzunehmen. Es muss sich um gegnerische Gruppen handeln, zu denen die Einzel-

person zu rechnen ist. Der Gedanke, einem einzelnen, gar noch frei denkenden, Menschen mit einer Meinung als Ergebnis einer Meinungsbildung gegenüberzustehen, wird verdrängt, dies würde zu große Ängste auslösen.

Von den jenasolidarischen Bossen scheint keiner mehr das eigene Gesicht zu zeigen, sie lassen Gesicht zeigen.

Um nichts anderes und niemanden sonst geht es; die Vornahme einer kultischen Handlung, die Gefolgschaft demonstriert Gefolgschaft.

In *Farm der Tiere* haben die Schweine junge Welpen absondert, um sie zu Kampfhunden zu trainieren. In Thüringen geben sie den Entsprechenden dazu noch Glücksstoffe.

ia, nm, bz



Für wen soll der Sozialstaat eigentlich dasein?

(Teile der Antwort könnten Sie verunsichern. Spoiler: Für den Sozialstaat selbst und seine Posteninhaber)

Neulich, als es sogar noch ganz offiziell Arbeitslose gab, die Älteren von uns werden sich erinnern (auch beim Blick aufs eigene, kaum zu erkennende Rentenniveau), da begab es sich also, dass das Arbeitsamt zur Arbeitsagentur wurde: Eine steuergeldfinanzierte, SPD-initiierte, aber sehr kapitalintensiv/zielgruppenorientierte Consultingleistung, welche vor/nach Hartz IV die dringlichste Transformation der Arbeitslosigkeitsverwaltung einleitete. Das Arbeitsamt, teuer beraten, hieß nun: Arbeitsagentur. Wer damals, also neulich, in der Stadtverwaltung froh, aber übernächtigt, das neugeborene Kind namentlich als Jenenser registrierte, dem konnte es (wie dem Autor) passieren, auf die Frage, wer denn der Arbeitgeber sei, zu antworten: „Schon lange das Arbeitsamt und ohne Leistung“, dass dann sofort in Forte-Dur man kommunalbehördlich angebrüllt wurde: „Das ist die Bundesagentur! Für Arbeit!“ Und damals sogar noch genderlos, politisch korrekt benennbar, also noch neulich, wurden Arbeitslose zu Kunden! Und beim verständnislosen Blick auf die neuesten Arbeitslos*innen-Zahlen wird das Ziel erfüllt.

Oder?

Vielleicht liegt's doch eher am Unternehmenskapital und dem Einstellen des benötigten Personals, trotz AA und ganz ohne dessen Förderung, einfacher halt! Ah, AAA: Arme Arbeits-Agentur!

Denn auch die will, ganz Consulting-gesteuert, die zuvor Arbeitslos-Genannten nicht missen: „Kunden will man nicht verlieren!“, vor allem nicht jene, die das Amt nichts kosten, doch, so was gibt's! Hätte doch nur in der Agentur der Kapitalismus geherrscht, ein Fördern & Fordern, und die AA-Vermittler hätten für jede

Kundenvermittlung ein Lohnplus, mehr Urlaubstage oder einen Behördenaufstieg verdient, wäre das doch fair, sozial und gerecht. Wer über den Kapitalismus schimpft, hätte den sich hier doch schnell hergewünscht. Beim heutigen Blick in die Stube der Agentur fällt aber auf: kaum jemand drin, ja wo sind denn all' die Vermittler hin? Aus Dank entlassen? Oder gar den Kunden hinterher? Nicht zu fassen! Gut, dass es bis heute noch die schwervermittelbaren, allzu lange arbeitslosen Schwerbehinderten gibt. Auf die ist Verlass. Solidarisch helfen die den verbliebenen Vermittlern, weiterhin sozial agieren zu dürfen.

Es lebe die Effizienz, die SPD-Infrastruktur bestehend aus Schwerbehinderungsamt, Jobcenter, Agentur.

Oder der FAW, welche ganz exquisit zur beruflichen Personalprofilierung Mandala-Qualifizierungs-Module heranzieht. Und fast vergessen, es lebe die schwerbehinderte Lobbygruppe VDK. Wofür steht deren Name, Zielgruppe, Programm noch mal? Bieten die

Integrationshilfen für Arbeitgeber zur Einstellung allzu schwerer Arbeitswaffen? Laut Gesetz im geprüften Einzelfall höher zu fördern als ebenfalls lange leichter behinderte Job-Suchende. Steht da, wenn auch anders formuliert! Durch den VDK Einzelfallprüfung? Der so Betroffene bittet, das Gesetz doch einmal anzusehen. „Nein, das haben wir so noch nie gemacht.“ Und nein, das ist kein Einzelfall: „Wir schauen nicht ins Gesetz.“ So was sichert den Status quo der sozialen Berufs-Qualifizierungs-Vermittlungsfachkräfte und den Erhalt von VDK-Kunden.

Die kühne Idee eines Kunden, das Geld des Handelns selbst in die Hand zu nehmen, privatkapitalistisch den Arbeitgeberanteil eigeninteressengesteuert selber zu finanzieren, um zu arbeiten und die AA endlich verlassen zu können, wurde letztlich von dieser, na klar, abgelehnt! Soweit kommt's noch, zielgerichtet Kunden verlieren! Zu viel Zeitenwende! Allzu neulich, unerfreulich. Und am Ende? Schwer verhindert!

br





Wie man das AKRÜTZEL richtig beschimpft

Die Beschimpfung durch anonyme Trolle erlebten wir bislang nicht in sozialen Netzwerken, sondern auf dem Markt. „Medizin abgebrochen? Aus Mangel an IQ oder Ehrgeiz? Du schreibst den ganzen Tag nur Kot, du hörst von uns, du hast hoffentlich Geld, du

hast uns beleidigt, nein, wir sagen nicht, wer wir sind und worum es geht. Denk drüber nach!“

Genau dies, nur nicht Kot. Die Dame wird auf das Recht zur Gegendarstellung hingewiesen, und wechselseitig ergangene Beleidigungen sind gerichtsrelevant. „Sie

haben angefangen“, sagt ihr Begleiter Körper eines ausgewachsenen Menschen. So müssen Sie es machen. Nur so können Sie den Status als Beleidigte aufrechterhalten, und auf den kommt es heutzutage an. Und um was es geht, bleibt Herrschaftswissen. ●

Aber gekühltes Bier wollen sie dann doch



Das sind so die Sachen, an denen wir merken, dass unsere eigene Jugend eine geringer grassierende Blödsinnigkeit aufzuweisen hatte als die heutige Jugend; wir hätten noch gemerkt, wie blödsinnig das ist, *Klima ist wie Bier; zu warm ist Kot*. Was denken die, womit das Bier gekühlt wird, wenn nicht mit Energie? Vielleicht glauben sie, mit erneuerbarer. Die Zutaten für Bier, Hopfen und Malz oder Geste, die müssen angebaut und geerntet werden, das ist Landwirtschaft, da fahren Traktoren, und die Brauereien erst, da wird gearbeitet. Und das Wasser, das verbraucht wird, viel mehr, als was am Ende in den Flaschen enthalten ist. Und was im Bier prickelt und schäumt, das ist Kohlendioxid, besser bekannt als CO₂.

Wir sollten denen das Bier verbieten, um auf dem 1,5-Grad-Pfad zu bleiben, und die Plätze, wo sie abhängen, zu Grünflächen machen. ●

Die klare Folge inakzeptabler Gesten

Die Antwort, genauer gesagt das Antwortschreiben, erhielten wir recht zeitnah, wir haben die Frage kürzlich an die Pressesprecherei des Bundesinnenministeriums, des Bundesverfassungsschutzes und des Bundespresseamtes gegeben. Und zwar geht es um ein Berliner Schülerprojekt, das sagt eigentlich schon alles, aber es kommt noch mehr. „Verfassungsschüler“ heißt es, da wird gestärkt und nach Demokratietalenten gesucht. Die Bundesinnenministerin lobte anlässlich des Gruppenfotos diese löbliche Sache in lobenden Worten. Was sie nicht bemerkte, war, dass auf dem Foto mehrere Verfassungsschüler vom Typ junge Männer Gesten von den Muslimbrüdern, dem Islamischen Staat, den Grauen Wölfen und sonstigen Islamisten präsentierten.

Die Gefahr von rechts also direkt vor ihrer Nase.

Als sie von außerhalb darauf aufmerksam gemacht wurde, bemühte sich die Innenministerin um Nachwitterung: „Die von einigen Schülern gezeigten Symbole auf dem Bild sind inakzeptabel, ich verurteile dies scharf.“

Hierzu baten wir um die Klarstellung, ob die Frau Ministerin nur die Symbole verurteilt und ob sie die sie tätigen Verfassungsschüler als handelnde Subjekte ansieht oder nicht, ob der Bundeskanzler derselben Auffassung ist und wie dieser Vorfall in die Zählung der Gefahr von rechts beziehungsweise der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates eingeht, als 1 Ereignis oder mit der Anzahl der zei-

genden Verfassungsschüler oder als 1 gesamte Szene und Umfeld des Projektes Verfassungsschüler.

Zunächst fragte die Pressesprecherei des Verfassungsschutzes nach unserer journalistischen Legitimierung, den Presseausweis – haben wir nicht – und verwies auf das Schreiben eines Pressesprechers des Innenministeriums, das da lautet: „Sofern Straftaten politisch motiviert sind, nehmen die Polizeibehörden der Länder die Ermittlungen auf und stufen die Taten ggf. im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) entsprechend ein. Für Vorgänge, die im Land Berlin stattfanden, müssten Sie

Ihre Frage bitte an die Pressestelle der Berliner Landespolizei richten.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat 150 Jugendliche als ‚Verfassungsschüler‘ ausgezeichnet, weil sie an diesem Bildungsprojekt teilgenommen haben. Einige Jugendliche haben auf dem Abschlussfoto Gesten gezeigt, die völlig inakzeptabel sind. Das haben wir scharf verurteilt. Um die ganz überwiegende Zahl der Jugendlichen auf dem Foto zu schützen, die sich korrekt verhalten haben, haben wir das Foto gelöscht. Den Jugendlichen, die diese Gesten gezeigt haben, wurden die verliehenen Urkunden entzogen. Sie haben allen anderen Jugendlichen und diesem wichtigen Bildungsprojekt geschadet.“

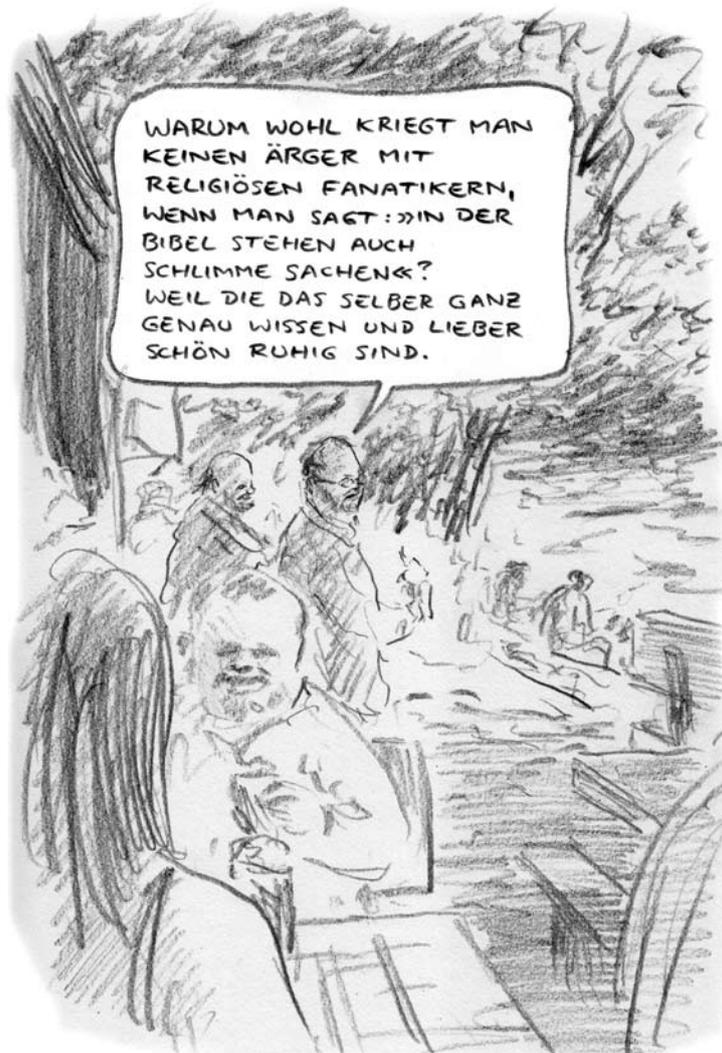
Was ja zu der Frage geführt hat.

Die Auskünfte fallen vorsichtig aus, es betrifft ja womöglich die künftigen Vorgesetzten.

Bis dahin freuen wir uns daran, dass die verschiedenen islamistischen Strömungen friedlich und gleichberechtigt als Verfassungsschüler zusammenarbeiten können und gemeinsam auf dem Boden der fortschrittlich-sozialdemokratischen Grundordnung stehen.

Keiner von ihnen oder von den anderen hat den Coronaleugner-Gruß gezeigt, eine Verbindung zu Antisemitismus ist daher glücklicherweise nicht auszumachen.

Damit wären sie bereit, im Fortgeschrittenenprojekt von den tollen SPD-Frauen zu erfahren, dass das nichts mit Islam zu tun hat. ●



Erinnerungen an Heute

Wir erleben eine sommerliche Zwischenphase, in der es wieder Veranstaltungen gibt, wo wir hingehen können und für Sie nachgucken, was Sie verpasst haben. Unser Interesse wurde aufgestachelt mit der Ansage, im Paradies-Café würde es ein Zusammentreffen von damaligen DDR-Bürgerrechtlern zum Wendethema geben.

Nun war es jedoch keine im eigentlichen Sinne politische Veranstaltung mit Debatte, Disput und Dialog, sondern es trafen sich am Vortag des Geburtstags von Matthias Domaschk die Freunde aus der damaligen Gruppe, es war also eine persönliche Veranstaltung, die sich der Rezension entzieht.

Bis auf einen Aspekt, der mehrfach auffiel. Immer wieder sprach man an, was man unter dem Blickwinkel des Erlebten jetzt wieder erlebe. Nämlich Putin, Angriffskrieg, Diktatur in Russland.

So weit muss man aber gar nicht suchen.

Vielleicht ist Putin die Metapher, die Planstelle, die man ohne Widerspruch benennen kann. Ist ja auch nicht falsch. Doch politisch und geographisch näher sind die örtlichen Neosozialiten, die ihre Parteilinie zur Staatsdoktrin machen und nur in graduellen Unterschieden, die in den äußeren Möglichkeiten und nicht in ihren inneren Verfasstheiten bestehen, von der DDR abweichen. Oder von Putin. Oder von der Farm der Tiere.

Wollen wir etwa vergleichen?

Niemand will. Die Vergleiche drängen sich auf. Die Sprache in den Akten, die Sicht der Macht auf die Bürger, die als unkollektivierbare Subjekte gesehen und behandelt werden, das sind Invarianten des Totalitarismus.

Es ist nicht an uns zu bekunden, dass wir zur Partei stehen. In einer demokratischen Epoche ist dazu nichts zu erklären. Heute



müsste man mindestens zunächst aufzählen, was man alles nicht sein will.

Auch die Formen in der Gruppe ähneln sich. Heute sind es bloß nicht die Jungen, sondern Ältere, die in der Gruppe genau dasselbe suchen und finden und die auf Wanderungen Kraft schöpfen.

Ob die von damals sich distanzieren würden? „Was, mit denen? Die? Auf gar keinen!“ Wir

haben den Test nicht gemacht. Es wäre der falsche Anlass gewesen, nicht einer, wie wir ihn erwartet hätten.

Vielleicht gibt es ja mal einen. Die sind jetzt alle in Rente, die können offen reden, wie das Ruheständler so häufig tun. Vielleicht traut sich auch Roland Jahn inzwischen zu verstehen, was man meint, wenn man von Tendenzen und Ähnlichkeiten zu DDR spricht. ●

Wie Jena zum Selbstbeauftragten für Behinderte kam

Wir vermelden ja auch gern, wenn sich jemand engagiert, auch noch ohne dafür Geld aus dem Ruhighaltefonds abzugreifen. Ein Beispiel ist schon wieder Michael Gruner, der sich zum Selbstbeauftragten für Behinderte in Jena ernannt hat, und das kam so.

Er hatte einen Termin im Fachdienst Soziales, neben dem Gesundheitsamt, wegen Corona muss man klingeln und draußen warten. Drinnen könnte man sich setzen, aber man darf nicht drinnen warten, sondern nur draußen, wo es für die Kundschaft, die doch recht häufig eine Klientel ist, die sich zum Warten hinsetzen müsste, keine Bank oder sonstige Sitzgelegenheit gibt. Einen Aschenbecher für die vom Gesundheitsamt, aber keine Bank.

Michael Gruner wollte dies dem Behindertenbeauftragten melden oder dem Behindertenbeirat, wurde aber nicht durchgestellt.

Er ging zur Partei, trug die Lage vor und telefonierte von dort aus mit dem Sekretariat des Oberbürgermeisters.

Und nun kommt das Erstaunliche.

Die in Partei und Oberbürgermeistersekretariat haben das Problem begriffen und als peinlich eingestuft, es hatte ihnen nur noch niemand davon erzählt.

Soll also niemand das Zerschwörungsnarrativ von der abgehobenen Politikaste verbreiten. Man will sich darum kümmern.

Wäre versucht worden, die Sache über Beauftragen und Beirat in die Gänge zu kriegen, wäre das Ergebnis genau null.

Darum hat sich Michael Gruner zum Selbstbeauftragten für Behinderte in Jena ernannt. Wer Unterstützung oder einen Dampf-

macher braucht, kann sich an ihn wenden. Man fragt einfach nach ihm, irgendwo ist er. Oder schreibt an michael.gruner02@icloud.com.

Haben wir etwa also noch einen,

der mit einer Lobbymaschine in die Politik gewählt werden will?

„Nein“, sagt er, „allein schon, weil ich nicht Lobbyist bin, sondern auf Probleme gucke, die den Gremien verborgen bleiben.“ ●



AKRÜTZEL fordert Umwandlung von Oberbürgermeister Nitsche in parabinäres Transgeschlecht

Es ist ein Schlag ins Gesicht oder sonstwohin aller vielfaltsoffener Menschen, dass eine tolerante weltoffene Stadt mit Regenbogenbeflaggung zum Zeichen genau dessen einen Oberbürgermeister hat, dessen toxische Männlichkeit im Geschlecht angelegt ist. Das Geschlecht ist aber ein gesellschaftliches Konstrukt, darum ist die Gesellschaft gefordert, diese Fehlkonstruktion zu korrigieren, und zwar möglichst bald.

Oberbürgermeister Nitsche ist in einem operativen Vorgang an die multibinäre Transform anzugleichen. An der Brust sind Narben anzubringen, die von einer Mastektomie zeugen, das primäre Geschlechtsteil ist so umzugestalten, dass sich alle Transfunktionäre darin wiederfinden. Das Fahrrad hat dazu möglicherweise die Vorleistungen erbracht.

Das Senioren-Akrützel fordert die Umsetzung der Maßnahmen bis zum Ende der Kultur-Arena. Sonst sind jegliche Bekundungen von und Bekenntnisse zu Vielfalt ein pures Lippenbekenntnis der Mundlippen.

Kritik an dieser Forderung kommt eindeutig aus der binären Ecke. Konservative Biologismen sind leider bis in die Szene der vermeintlich Fortschrittlichen verbreitet, die ihre Rückständigkeit hinter fortschreitender Sprache verbergen wollen und behaupten, sie würden alle Geschlechter in der Sprache sichtbar machen. Aber in der Sprache wird gar nichts sichtbar, nicht einmal in der geschriebenen, auch die Sonderzeichen zeigen nichts, was man nicht schon weiß, das es bedeuten soll. Wahre Sichtbarmachung ist physischer Nichtnatur, und den An-



fang muss das Bürgerinnenmeisternde setzen. Folgen müssen die Dezernierenden und Pressesprechenden. Wer will, kann auch vorher drankommen, ohne aber die Sache zu verzögern. Es ist auch keinesfalls damit getan, wenn

Transherr Nitsche versucht, sich einfach bloß als Frau zu fühlen. Er kann gar nicht wissen, wie sich eine Frau fühlt. Es ist eine Schande, dass diese Debatte überhaupt noch geführt werden muss. Die Zeit für den Zeitpunkt ist jetzt. ●

Da lacht die Legitimierung des Staates

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 28. November 2011 (1 BvR 917/09) zur Meinungsfreiheit. Das Gericht stellt darin fest, dass Meinungen generell durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt sind, „ohne dass es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind, oder ob sie als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden. Sie verlieren diesen Schutz auch dann nicht, wenn sie scharf und überzogen geäußert werden. Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt.“

Das ist soo 2011!



ICH VERSTEHE NICHT, WIESO SO VIELE — ALSO VIELE SIND ES JA NICHT, ABER EINE WACHSENDE ZAHL VON WENIGEN — DIE POLITIK ANGREIFEN. WO ES DOCH SO VIEL ABZUGREIFEN GIBT.



Es existiert kompromittierendes Material über Olaf Scholz.

Es heißt Bundesregierung.



DIE REGIERUNG WEISS NICHT, WAS DAS BESTE IST. ABER WIR WISSEN, DASS ES DAS BESTE IST, DER REGIERUNG ZU FOLGEN.



Ist mir egal, ob ich rechtswidrig war, jetzt ist es halt rückgängig gemacht.



Welches Risiko Sie eingehen, wenn Sie ein **AKRÜTZEL** verpassen, und warum Sie es sich mailen lassen müssen

Dieses Senioren-Akrützel erscheint schon wieder papierlos, also nicht in einer geringeren Auflage, sondern in gar keiner. Das bedeutet für Sie als Leser, Sie sind weniger. Es mailen zwar alle Empfänger es weiter, so dass Kult und Mythos gegeben sind, aber auf die Reichweite der letzten Druckauflage kommen wir dann doch nicht.

Ihr Problem ist aber nicht die kleinere Community. Wenn Sie nicht an Senioren-Akrützel@gmx.de geschrieben haben, um in den Versand aufgenommen zu

werden, kann es Ihnen passieren, dass Sie bei manchen echten Nachrichten glauben, diese wären von uns erfunden worden. Das wäre auch uns oft lieber.

Aber Sie müssen schon den Überblick behalten, was wirklich der Phantasie des Senioren-Akrützel entsprungen ist und was aus der Realität stammt. Das können Sie nur als regelmäßiger Leser und Empfänger.



Jenaer Impressionen





Noch ohne Inflationszuschlag: Originale bei www.atelierno8.de

*Das relative Highlight
für Ihr Betriebsfest oder
Ihre Coronaparty*



ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN

03641-619434

in und um Jena
ab 300,- €

Immer noch neues Buch



100 Seiten, Hardcover, 20,- Euro, www.solibro.de

Ende der Reklame

KEINE WERBEZEITUNG

Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Gastbeitrag des Queer-Beauftragten der Bundesregierung

Genderrhoe darf kein Tabu mehr sein



Mensch*en mit Gender_sprech dürfenX nicht läng/sie/es/ihnen/er stigmatisiert wer*innen den, wie es auch von bürger*innenlichen Faschos:) geschehen könnte. Gruppinnenbezogene Menschen*feindlichkeit dient der Mehrheitsgesellschaft(m/w/d) dazu, Minderinnenheiten auszugrenzenX, auszustoßen und in der Sprache zu ver*innenstecken. Das ist die schlimmste Form*_X der*innen Diskriminierung, die eine bunte tolerante offene Gesellinnenschaft nicht dulden darfX.

Warnung der Ständigen Robert-Koch-Kommission:
Delta-Variante der Affenpocken befällt noch gefährlichere Affen

Keinen Grund zur Entwarnung gibt das Karl-Lauterbach-Institut des Gesundheitsministeriums der Abteilung für Solidarität und Zusammenhalt. „Die Gefahr der höheren Gefährlichkeit hat uns im Griff, die Affen werden durch die Affenpocken erst recht gereizt“, so wird die kommende Einschätzung prognostiziert. „Wir bringen die Maßnahmenpflicht auf den Weg, um im Herbst nicht sommerlich dazustehen“, so Karl Lauterbach.



NACHRICHTEN FAKTEN NEWS

Bundespräsident Steinmeier hat Gerhard Schröder nicht zum Geburtstag gratuliert. Das stärkere Zeichen wäre gewesen, ihm die Torte ins Gesicht zu werfen, aber das hätte uns womöglich zur Kriegspartei gemacht.

Exkanzlerin Merkel sagte im Interview, sie habe keinen Termindruck und sei nun frei. Da hat sie

sich von der Politik schneller erholt als die Politik sich von ihr. Sie sagte auch, sie wolle nun das Land für sich entdecken. Da hätte man journalistisch nachhaken müssen: für wen hat sie das Land bisher entdeckt?

Olaf Scholz hat Kiew besucht. Für ihn fühlte es sich wie ein Anti-Déjà-vu an; er dachte ständig:

„Hier war ich noch nie“, dabei glaubte er, er wäre schon mal dagewesen und könne sich bloß nicht erinnern.

Rapper Bushido erwägt auszuwandern. Wieder eine Fachkraft, die ersatzlos das Land verlässt. Er möchte irgendwohin, wo er als Clan-Assoziierter zum kriminelleren Teil von Staat und Gesellschaft gehört.

Innenministerin Faeser sieht Gefahr durch Szene, die im Fahrwasser der Religionsfreiheit die Delegitimierung des Islamischen Staates betreibt



Die Gefahr von hinten ist nicht gebannt, erklären Sicherheitsbehörden, aber die Gefahr von steuerbord steht dem nicht hinterher. „Wir haben es mit einer diffusen Szene zu tun, die ihre Anweisungen aus bislang unaufgeklärten im Sinne von unausgekundschafteten Quellen bezieht“, stellt Innenministerin Faeser fest. Verfassungsschutzchef Haldenwang beschreibt die Lage als neue Situation: „Wir sehen eine große Bereitschaft, sich zu einem losen Gefolge zusammenzuschließen hinter denen, die auf Distanz zu demokratischen Strukturen gehen und sich die Systemkritik auf die Fahnen geschrieben haben, ohne dass wir die Fahnen sicherstellen konnten“, sagte er auf der Akrützel-Bundespressekonferenz. Die Arbeit wird fortgesetzt.